

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.
Anzeigen: Die dreizeipaltene mm-Jeile 0,15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Jülicher Straße 27.
Fernsprecher 212202.

Redaktionschluss: Montag vor Erscheinen.

Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft

Dieser Tage war der zehnjährige Gedanke des Inkrafttretens des Betriebsrätegesetzes. Es hat zu seinem Teil mit dazu beigetragen, die Arbeiter und Angestellten in etwa mit den modernen Betriebsverhältnissen auszuföhnen. Viel Willkür der Arbeitgeber konnte durch das Gesetz paralytisiert und Verbitterung bei Arbeitern und Angestellten gedämpft werden. Aber zu einer vollen Verständigung zwischen den beiden Parteien ist es im großen und ganzen gesehen doch noch nicht gekommen. Das Betriebsrätegesetz beschränkt ja auch die Mitwirkung der Arbeitnehmer auf den jeweiligen Betrieb. Ueber den Betrieb hinaus ist eine gleichberechtigte Mitwirkung in Wirtschaftsfragen bis jetzt nur beim vorläufigen Reichswirtschaftsrat möglich. Andere Möglichkeiten bestehen z. Bt. noch nicht, obschon solche in der Reichsverfassung vom 11. August 1919 vorgesehen sind. Darüber bestimmt nämlich Artikel 165:

„Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.“

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeitererrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeitererrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzentwürfe zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reiches.“

Ueber die Schaffung von Bezirksarbeiter- bzw. Bezirkswirtschaftsräten ist schon in den Jahren 1921 und 1922 im vorl. R. W. R. leidenschaftlich verhandelt und gestritten worden. Im Laufe der Debatten kam man auf beiden Seiten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zu der Ueberzeugung, daß die Bildung dieser besonderen Bezirksarbeiter- oder -wirtschaftsräten zu einer förmlichen Ueberorganisation führe, die im Interesse einer sparsamen Wirtschaftsführung vermieden werden müsse. Das könne um so eher geschehen, als bereits Einrichtungen vorhanden seien, die sich mit Aufgaben zu be-

fassen hätten, wie sie den Bezirkswirtschaftsräten zugebacht seien. Die Arbeitnehmer wiesen dabei hin auf die Industrie- und Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Sie verlangten, daß diese Kammern nicht mehr wie bisher einseitig von den Unternehmern gebildet, sondern paritätisch zusammengesetzt werden sollten.

Dieses Verlangen, so selbstverständlich es jedem Sozialdenkenden erscheinen muß, stieß aber auf den schärfsten Widerstand in Unternehmerkreisen. Dem Umstande ist es zuzuschreiben, daß bis heute, nach zehnjährigem Bestehen der Reichsverfassung, weder die vorgesehenen Bezirkswirtschaftsräte geschaffen wurden, noch die paritätische Umgestaltung der genannten Kammern erfolgt ist. So sind die Herrschaften immer noch hübsch unter sich und können unbeschwert von Arbeitnehmerauffassungen Regierung, Parlamente und Öffentlichkeit in ihrem Sinne beeinflussen. Weder Reichsregierung noch Reichstag denken anscheinend an eine Einlösung der in Artikel 165 R. V. gegebenen Bestimmung.

Soll es denn tatsächlich bei dem heutigen Zustande verbleiben? Das halten wir für ganz undenkbar. Es muß baldigst zu einer befriedigenden Lösung dieser Frage kommen. So oder so. Wir haben uns auch früher schon für die paritätische Umgestaltung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern ausgesprochen. Diesen Standpunkt vertreten wir auch heute noch.

Anscheinend ist die preußische Regierung auch des langen Wartens müde geworden. Sie hat jetzt von sich aus eine Gesetzesvorlage eingebracht, wonach die preußischen Landwirtschaftskammern paritätisch zusammengesetzt werden sollen. Diese Vorlage kam am 5. Februar erstmals zur Verhandlung.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger legte die Gründe dar, die die Regierung veranlaßt haben, dieses Gesetz einzubringen und ging auf den Zweck der Vorlage selbst ein. Das Gesetz wolle auch die Arbeitnehmer beteiligen. Das Wort Eugen Richters: „Wo sollen denn die Arbeiter bleiben? Gehören die nicht auch zur Landwirtschaft?“ sei seinerzeit ungehört verhallt. Das neue Gesetz solle hier eine Lücke ausfüllen. Daß der landwirtschaftliche Arbeiter mit seinen Interessen zur Landwirtschaft gehöre, dieser Gedanke müsse sich durchsetzen. Vor dem Kriege seien auch die Konservativen dafür eingetreten, daß die Arbeiter in den Landwirtschaftskammern sitzen sollten. Geschehe das nicht, so würde gefügt, würde der organisatorische Zusammenhang in der Landwirtschaft leiden. Der Entwurf eines neuen Landwirtschaftskammergesetzes nach dem Kriege sei gescheitert an der Haltung der Sozialdemokraten, die der Ansicht gewesen seien, die Parität sei nicht genügend gewahrt. Die Bedeutung des Arbeiters trete heute besonders in die Erscheinung. Die gesamte Landwirtschaft habe gerade heute das größte Interesse daran, daß die Arbeiter in die Kammern hineinkommen. Das werde auch seine Wirkung ausüben auf die übrigen Teile der Arbeiterschaft. Insbesondere in der Beratung zollpolitischer Dinge werde sich das glücklich auswirken. Der Einwand, der Entwurf greife in die Selbstverwaltung ein, treffe nicht zu. Im Ausschuh werde Gelegenheit sein, diese Frage noch näher zu erörtern. Der Minister machte dann noch aufmerksam auf den Vorteil der Einrichtung besonderer Ausschüsse für einige

Berufszweige in der Landwirtschaft und bezeichnete als einen witteren Vorzug, daß die Staatsbehörde bei allen wichtigen Angelegenheiten die Kammern hören solle. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das neue Gesetz der Landwirtschaft zum Segen gereichen möge!

Die Landarbeiter selbst haben an dem Entwurf allerhand auszusetzen. Vor allem scheint ihnen der Einfluß der eigentlichen Arbeiter zu gering bemessen wegen der Wahlberechtigung der Familienangehörigen der Eigentümer und Bäcker. Dennoch laufen die Landwirte Sturm gegen das Gesetz, und

bezeichnen es als eine direkte Gefahr für die preussische Landwirtschaft. Das Gesetz wurde einem Ausschuß überwiesen. Man darf gespannt sein, was daraus wird.

Bei dieser Gelegenheit kann man die Frage aufwerfen: Was soll nun mit den Handels- und Handwerkskammern geschehen. Sollen diese nach wie vor nur der einseitigen Interessensvertretung der Arbeitgeber dienen? Oder sollen sie nicht auch bald paritätisch besetzt werden, damit endlich die Gleichberechtigung des Arbeitnehmers in der Wirtschaft verwirklicht werde. D.

Rationalisieren auch in der Lebensführung

In dem Artikel „Sanierung der Finanzen“ in der letzten Nummer haben wir hingewiesen auf die Tatsache, daß trotz der Finanznot, der 2 Millionen Arbeitslose, der schlechten Konjunktur über die alle Stände klagen, doch immer noch große Teile des deutschen Volkes über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse leben. Schuld daran sind zum guten Teile die übergroßen Einkommen, die zu Luxus und Verschwendung führen. Bisher ist lediglich in der Gewerkschaftspresse deutlich auf diesen unerträglichen Zustand hingewiesen worden. Die Tagespresse aller Parteinrichtungen wie auch die Parlamente, hatten bisher in Rücksicht auf parteipolitische Bindungen oder aus wirtschafts-kapitalistischen Gesichtspunkten mit ihrer Kritik sehr stark zurück. Mit Ausnahme der Kommunisten, die dann aber durch ihre unachsamen Ueberspitzungen der Kritik und ihre tollpatschigen, nur auf Agitation abgestellten Anträgen, jeder positive Erfolg ihres Vorgehens von vornherein zerschlugen.

Wie zutreffend aber die Behauptung von einer verschwenderischen Lebenshaltung in gewissen Volksschichten ist, müssen nunmehr aber recht ernst zu nehmende Wirtschaftler in vollem Umfang zugeben. In der Wirtschaftswochenchau der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 73, 9. 2. 30), wo weniger der Politiker, noch der Partei- oder gar der Sozialpolitiker, sondern der privatwirtschaftlich eingestellte Wirtschaftler zu Worte kommt, heißt es unter anderem:

„So befindet sich denn das deutsche Volk, trotz einer seit Anfang des laufenden Jahres um bereits ein volles Prozent ausmachenden Zinsfußermäßigung, in einer Zeit sehr schwerer wirtschaftlicher, finanzieller und demgemäß auch innenpolitischer Verdrängnis. Solche Verhältnisse weisen immer wieder auch auf den Weg freiwilliger Selbsthilfe aller Angehörigen der Volksgemeinschaft nachdrücklich hin. Schon früher betonten wir das gute Beispiel, das einzelne Führer der Wirtschaft durch starkes Beschränken ihre privaten Anschaffungen zugunsten der eigenen Kapitalbildung geben. Andererseits müssen jedoch diejenigen Amtsklassen, denen die Ordnung der zahlreichen wirtschaftlichen Zusammenbrüche obliegt, immer wieder wahrnehmen, daß viele Firmeneinhaber seit Jahren weit über ihre Verhältnisse gelebt haben. (Von uns gesprochen. D. Schrift.)

Es würde aber keineswegs ein Sichzurücksetzen, sondern etwas ungemein Nützliches bedeuten, wenn angesichts der außerordent-

lich schwierigen Gesamtlage Deutschlands und insbesondere seiner Erwerbstätigen die gute Sitte immer allgemeiner würde, die Lebenshaltung nicht etwa über das eigene Einkommen hinausgehen zu lassen, sondern sie sogar darunter zu halten.“

In seiner diplomatischen Sprache, aber nicht minder deutlich, wird hier gesagt. Nur wenige Unternehmer haben den Ueberfluß ihrer Betriebe, soweit er nicht für eine der jetzigen allgemeinen Notlage entsprechenden Lebenshaltung notwendig ist, nicht als Betriebskapital im Unternehmen belassen, sondern in üppiger Lebenshaltung verbraucht. Diese gleichen Kreise verlangen aber den Mangel an Betriebskapital durch Abbau der Löhne und der sozialen Einrichtungen zu beheben. Bemerkenswert ist ferner die kurze, aber inhaltsvolle Feststellung, daß die vielen Geschäftszusammenbrüche, Konturfe usw. nicht nur auf ungünstige Wirtschaftsverhältnisse, sondern auf Unfähigkeit und Verschwendung der Firmeneinhaber zurückzuführen sind.

Der Verfasser weist dann hin auf den Fremdenverkehr, der Deutschland keine Reineinnahme gebracht habe. Die Deutschen haben mehr Geld auf Kimmertreiben ins Ausland gebracht, trotz unserer schlechten Wirtschaftsnotlage, wie die reichen Ausländer nach Deutschland. Vergnügungsreisen ins Ausland machen aber bestimmt nur solche, die entweder ein Einkommen haben, welches über eine anständige Lebenshaltung wesentlich hinausreicht, oder aber jene, die mehr verbrauchen, als ihnen rechtmäßig aus dem Ertrage der Wirtschaft zusteht.

Selbstverständlich, wenn Müller dieses Jahr nach der Schweiz reisen, müssen Schulzes mindestens nach Italien. Fast zu einer Krankheit sind die sogenannten gesellschaftlichen Verpflichtungen, dieses Uebertrumpfen im Geldeausgeben für höchst überflüssige, unnütze Dinge, geworden. Die notwendige Folge ist selbstverständlich Mangel an Betriebskapital für die Produktion lebensnotwendiger und zweckmäßiger Dinge. Um nur ein Beispiel zu nennen: Erschreckender Mangel an gesunden Wohnungen, aber Geld in Hülle und Fülle für Verkaufspaläste, Kinos und sonstigen Vergnügungsstätten.

Glaubt man etwa, auf die Dauer die zwei Millionen Arbeitslose mit der fargen Unterstützung und dem Hinweis auf die „Unabänderlichkeit“ der jetzigen Wirtschaftsordnung, vielmehr Wirtschaftsunordnung, zufriedenstellen zu können? Hoffentlich kommt die Erkenntnis in den einflussreichen Kreisen, bevor es zu spät ist.

Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung

Die Arbeitslosenversicherung wird demnächst einen Fehlbetrag von rund 800 Millionen Mark zu verzeichnen haben. Nach dem Gesetz ist das Reich verpflichtet, einen Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung leihweise vorzustrecken. Da aber die Reichskasse gegenwärtig leer ist, müssen neue Gelder beschafft werden. Im Reichsfinanzministerium ist nunmehr ein Plan ausgearbeitet worden, nach dem die gesamten Sozialversicherungen, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherungen, wie auch die Berufsgenossenschaften und Krankenkassen einen Gefahrenausgleich schaffen sollen, d. h. obige Versicherungsanstalten sollen ihre verfügbaren Gelder der Arbeitslosenversicherung leihweise zur Verfügung stellen. Abgesehen davon, daß die Sozialversicherungsanstalten bisher schon erhebliche Mittel aufwenden mußten, um die gesundheitlichen Schäden des Krieges zu heilen, für die doch eigentlich die Gesamtheit, das Reich, hätte aufkommen müssen, sind sie auch durch die Arbeitslosigkeit, Fortfall der Beiträge usw. gegenwärtig sehr stark belastet. Bereits im vergangenen Jahre hatte der Reichsfinanzminister verfügt, daß die Reichszuschüsse zu den Invalidenrenten den Landesversicherungsanstalten nicht mehr in bar, sondern in

Reichsschuldverschreibungen überwiesen wurden. Der Appetit scheint beim Eisen gekommen zu sein.

Ueber größere Mittel verfügt gegenwärtig nur die Angestelltenversicherung, die aber ohne jeden Zuschuß von anderer Seite einzig und allein aus den Beiträgen aufgebracht sind. Die Mittel der übrigen Versicherungsanstalten sind durchweg noch sehr beschränkt, müssen auch zum Teil zur Deckung der Ausgaben ständig gehalten werden. Werden aber die Versicherungsträger gezwungen, ihre verfügbaren Mittel dem Reiche zu leihen, würde damit mit einem Schläge ihre segensreiche Betätigung auf dem Gebiete des Wohnungsbaus lahmgelegt, den sie bisher durch Hergabe von Hypotheken und Kauf von Hypothekenspandbriefen lebhaft unterstützt haben. Nicht Minderung, sondern Mehrung der Arbeitslosigkeit wäre die notwendige Folge.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben in einer Sitzung zu diesem Plane Stellung genommen und diese in folgender Entschliekung niedergelegt:

„Wie aus der Presse bekannt geworden ist, besteht beim Reichsfinanzminister die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/31 durch

eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Rückversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften

schärfsten Protest erheben.

denn dieser sogenannte „Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung“ würde nichts anderes bedeuten als eine Uebertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundsätzen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger. Eine Gefährdung der unmittebarsten Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Aushöhlung des gerade von ihnen befruchteten Baumarcktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeit, würde die unausbleibliche Folge sein.

Aus unserer Rechtschutzmappe

Keine Verzichtserklärung unterschreiben

In der privaten Wirtschaft wird fast jedem Arbeiter, der das Arbeitsverhältnis gelöst hat, bei Aushändigung des Restlohnes und der Papiere eine Bescheinigung zur Unterschrift vorgelegt, durch die er erklären soll, keinerlei Ansprüche an seinen früheren Arbeitgeber mehr zu haben. Irgendeine rechtliche Verpflichtung des Arbeitnehmers, einen derartigen Revers zu unterschreiben, besteht in keinem Falle, wenn es auch den üblichen guten Gepflogenheiten im Verkehr entspricht, den Empfang des Lohnes und der Papiere schriftlich zu bestätigen. Darüber hinaus aber besteht weder eine rechtliche noch eine Pflicht des Arbeitnehmers, irgendeine Verzichtserklärung abzugeben.

Hat aber ein Arbeiter ein derartiges Schriftstück unterschrieben, und versucht nachträglich noch irgendwelche, noch so berechnigte Ansprüche geltend zu machen, wird er mit keiner Klage am Arbeitsgericht in der Regel abgewiesen werden, da der Widerruf einer Verzichtserklärung in der Regel mit Treu und Glauben im Widerspruch stehend erachtet wird. Auf einen Erfolg mit einer derartigen Klage wird nur dann zu rechnen sein, wenn der Kläger in der Lage ist, zu beweisen, daß er sich in einem entschuldigen Irrtum bei der Verzichtserklärung befunden hat. Ein derartiger Beweis wird aber sehr schwer zu führen sein. Wenn ein rechtmäßiger Verzicht nach § 397 BGB. auch auf dem beiderseitigen Willen der Vertragsparteien beruhen muß und nicht einseitig vorgenommen werden kann, so bleibt doch nur dem Arbeiter die Beweislast dafür, nicht einen Verzicht habe unterschrieben zu wollen. Der Umstand, weder rechtlich, noch durch soziale oder andere Rücksichten verpflichtet zu sein, einen derartigen Revers zu unterschreiben, spricht immer für die Freiwilligkeit der Verzichtserklärung. Dummheit und Unkenntnis der Rechtslage ist in der Regel keine Entschuldigung und schließt nicht vor Schäden.

Anderes liegt die Rechtslage, wenn ein Minderjähriger einen derartigen Verzichtsertrag eingeht. Hier kann der gesetzliche Vertreter des Minderjährigen, der Vater oder Vormund, die Erklärung anfechten damit, daß der Minderjährige gegen den Willen des Vaters oder Vormundes ohne seine Zustimmung ein Rechtsgeschäft abgeschlossen hat, zu dem er ohne Vollmacht nicht berechtigt ist. Unter Umständen kann auch mit der Begründung, die Jugend und Un erfahrenheit benützt zu haben, um sich un berechtigterweise einen Vorteil zu verschaffen, die Herausgabe der unzulässigen Bereicherung verlangt werden.

Auf alle Fälle aber ist es besser, sich von vornherein den Rechtsweg durch Verweigerung einer jeden Verzichtserklärung nicht zu erschweren.

Wenn bei der Entlassung irgendein Schriftstück zum Unterschriften vorgelegt wird, lese man es gründlich durch und durchstreiche alles, was nicht lediglich den Erhalt des Lohnes oder der Papiere bescheinigt.

Falls es auch die stark verbreitete Meinung, daß bei Rechnungsverlebensheiten über die Höhe des fälligen Lohnes, durch Annahme und Quittierung eines Teilbetrages darin eine Verzichtserklärung auf den nicht ausgezahlten fälligen Teil zu erblicken sei. Das trifft nicht zu. Durch eine Bescheinigung über den Empfang von Lohn usw. wird keine Verzichtserklärung ausgesprochen. Allerdings muß auch hier genau geprüft werden, ob die Bescheinigung der Wahrheit entspricht, das heißt der ausgezahlte Betrag und die übergebenen Papiere usw. müssen tatsächlich ausgezahlt oder übergeben sein. Nicht immer braucht böse Absicht vorzuliegen, sondern bei allen Rechtsgeschäften ist mit menschlichen Toren und unbeabsichtigten Fehlern zu rechnen. Deshalb zu Recht das Sprichwort: Augen oder Beutel auf.

Die Rechtschutzfähigkeit unseres Verbandes im Jahre 1929

hat gegenüber dem Vorjahre eine überaus starke Steigerung erfahren. Das gilt sowohl bezüglich der Zahl der Rechtschutzfälle, wie hinsichtlich der erzielten Erfolge. Es ergibt daraus,

Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermines würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise führen.

Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Öffentlichkeit, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Höhe gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.

welche vielseitige und umfangreiche Tätigkeit die Gewerkschaftsbeamten in bezug auf Rechtsberatung und Vertretung zu entfalten haben. Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 25 617, die Zahl der angefertigten Schriftsätze 5438, die Zahl der wahrgenommenen Termine 1427, die Gesamtzahl der behandelten Fälle beläuft sich somit auf 32 482. Da die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt etwa 35 000 betrug, entfällt fast auf jedes Mitglied ein Rechtschutzfall. Von der Erledigung der Fälle wurde leider nur in 3 700 Fällen Mitteilung gemacht. Danach endeten mit vollem Erfolge 1581, mit teilweisem Erfolge 1260, ohne Erfolg 869 Fälle. Der erzielte Barerfolg beträgt 235 373,32 M.

Die hier geschilderte Rechtschutzfähigkeit umfaßt nur die seitens der Verbandsbeamten ausgeübte. Hinzu kommt noch der seitens des Verbandes durch Stellung von Rechtsanwälten, vor allem in Strassachen, gewährte Rechtschutz, der ebenfalls einen starken Umfang aufzuweisen hat.

Im einzelnen zeigt die von den Verbandsbeamten ausgeübte Rechtschutzfähigkeit nachstehende Tabelle:

Art des Rechtsschutzes:	Auskünfte	Schriftsätze	Termine
Arbeitsvertrag	16 621	1 451	706
Betriebsrätewesen	1 432	409	49
Krankenversicherung	905	270	15
Unfallversicherung	594	317	99
Invalideversicherung	1 408	348	94
Knappschaftsversicherung	8	1	—
Angestelltenversicherung	121	21	2
Militärversorgung	147	48	8
Erwerbslosenfürsorge	52	23	4
Kriegs- und Besatzungsschäden	579	296	61
Fürsorgepflichtversicherung	137	83	10
Steuersachen	869	339	5
Mietstreitigkeiten	451	299	61
Zivilprozess	1 041	616	163
Strohprozess	197	44	—
Sonstiges	1 057	844	130
Im Jahre 1928	25 617	5 438	1 427
Im Jahre 1927	9 431	3 762	649
	10 483	2 396	697
	45 531	11 596	2 763

Von den angegebenen Fällen endeten mit:

Jahr:	vollstem	teilweisem	ohne Erfolg
1929:	1581	1260	869
1928:	2030	819	396
1927:	822	866	442

Der erzielte Barerfolg beträgt: 235 373,32 M.
1928 85 766,75 M.
410 101,17 M.

Wendigung der Verbindlichkeit von Tarifverträgen

Nach einer Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers wird die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages künftig von vornherein auf seine Laufdauer begrenzt werden, so daß es einer ausdrücklichen Aufhebung der allgemeinen Verbindlichkeit nicht mehr bedarf. Sachlich tritt durch das neue Verfahren gegenüber der bisherigen Übung eine nennenswerte Änderung nicht ein, jedoch werden die durch die Aufhebung mit Rückwirkung vielfach entstehenden Schwierigkeiten vermieden. Bei der neuen Handhabung des Verfahrens wird in allen Fällen, in denen ein neuer Tarifvertrag bei Wendigung des alten noch nicht abgeschlossen ist, eine Lücke entstehen. Eine solche Lücke kann jedoch vermieden werden, wenn die Parteien im Tarifvertrag selbst oder in einem Zusatzabkommen die vorläufige Weitergeltung des Tarifvertrages vereinbaren. Eine

solche Vereinbarung könnte etwa dahin lauten, daß der alte Tarifvertrag unverändert bis zum Abschluß des neuen Tarifvertrages oder, falls ein solcher nicht zustande kommt, bis zu dem Tage (Ablauf der Woche, Ablauf des Monats) fortgesetzt soll, an dem eine Vertragspartei der anderen die schriftliche Mitteilung zugehen läßt, daß sie die Verhandlung über den Abschluß des neuen Tarifvertrages als endgültig gescheitert ansieht. Der

Preussische Handelsminister hat durch einen Erlass vom 28. Januar 1930 — Nr. IIIa Allg. VII. 16. 29 H. IIIc — die Regierungspräsidenten auf die Neuregelung der Allgemeinverbindlichkeit aufmerksam gemacht, da sie sowohl für die Gewerbeaufsichtsbeamten wie für die Bergrevierbeamten von wesentlicher Bedeutung ist.

Reichs- und Staatsarbeiter

Der T.A.R. gekündigt

Bekanntlich läuft der Tarifvertrag für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen am 31. März d. J. ab. Um eine Kündigung zu vermeiden und doch zu einer annehmbaren Vertragsverlängerung zu gelangen, hatten die Vertragsparteien den Kündigungstermin vom 31. Dezember 1929 auf den 15. Februar 1930 verlegt. Inzwischen sollten die Parteien die gegenseitigen Wünsche austauschen und es sollte geprüft werden, ob auf dem Wege einer Revision die Verlängerung des Vertrages möglich sei. Die Revisionsverhandlungen haben auch am 11. Februar stattgefunden, doch konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Zwar hatte das Reichsfinanzministerium den Gewerkschaften einen Vorschlag unterbreitet, nach dem 23 Bestimmungen des Vertrages eine Abänderung erfahren sollten. Doch handelte es sich bei diesen Bestimmungen zumeist nur um redaktionelle Änderungen. Nur einzelne unbedeutende Zugeständnisse waren sachlicher Art. Da während der Verhandlungen weitere Zugeständnisse nicht erzielt werden konnten, mußten diese abgebrochen werden. Die Kündigung ist nunmehr erfolgt. Die Vorschläge, die die beteiligten Arbeitnehmerverbände überreicht haben, entsprechen den Forderungen, die die Konferenz in Würzburg erhoben hat.

Betriebsratwahlen in den Heeresbetrieben

In den Heeresbetrieben sind die Wahlauschreiben des Hauptwahlvorstandes und der örtlichen Wahlvorstände für die Wahlen zu den Betriebsräten ausgehängt worden. Danach finden die Wahlen zum Hauptbetriebsrat und zu den örtlichen Betriebsräten am Donnerstag, dem 20. März und Freitag, dem 21. März 1930 statt. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Arbeiter, die mindestens 18 Jahre alt sind und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar sind solche Wahlberechtigte, die die Reichsanghörigkeit besitzen und 24 Jahre alt sind. Auch müssen diese am Wahltag mindestens 6 Monate im Betriebe sein und dürfen nicht mehr in Berufsausbildung stehen. Die Wählerlisten liegen vom 3. März 1930 an aus einer Stelle, die jedem Wähler zugänglich ist. Unseren Mitgliedern wird dringend empfohlen, die Wählerlisten einzusehen. Wer am Wahltag nicht in der Wählerliste verzeichnet ist, kann nicht wählen. Die Vorschlagslisten zum Hauptbetriebsrat müssen bis zum 4. März 1930, 16 Uhr, beim Vorsitzenden des Hauptwahlvorstandes im Reichswehrministerium Berlin W 8, Leipziger Str. 5, eingereicht werden. Der Termin für die Einreichung der Listen zum örtlichen Betriebsrat ist aus den örtlichen Wahlauschreiben zu ersehen. Den Ortsgruppenvorständen unseres Verbandes wird die sorgfältige Beachtung der Vorschriften in den Wahlauschreiben zur Pflicht gemacht.

Aus der Sitzung des Hauptbetriebsrats für den Bereich des Reichswehrministeriums

Am 30. und 31. Januar fand in Berlin eine Sitzung des Hauptbetriebsrats für den Bereich des Reichswehrministeriums statt, in der eine umfangreiche Tagesordnung erledigt wurde. Vor Beginn der Sitzung erfolgte eine Besichtigung des Heeresbekleidungsamtes. Hier konnte festgestellt werden, daß die Produktionsweise in allen Abteilungen durchaus modern ist, daß aber die Räumlichkeiten äußerst mangelhaft sind. Die Arbeitsräume sind fast sämtlich zu klein und zu schlecht belichtet. In der sich anschließenden Verhandlung, nahm der Vorsitzende Gelegenheit, den Vertreter des Reichswehrministeriums, Ministerialrat Frick zu bitten, auf Behebung der im Heeresbekleidungsamt festgestellten Mängel hinzuwirken. Letzterer erklärte, diesem Wünsche entsprechen zu wollen. — Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen wurde der Hauptwahlvorstand gebildet. Gewählt wurden Meinke als Vorsitzender, Quitsche und Daberlow als Beisitzer. — Zu der wiederholt besprochenen Frage der Bildung von Betriebsräten für kleinere Betriebe, konnte der Vorsitzende mitteilen, daß dem Reichswehrminister eine Verjüngung zur Unterzeichnung vorliege, nach der ein Zusammenschluß der Betriebe eines Standortes zwecks Bildung eines gemeinsamen Betriebsrats im Interesse der kleineren Betriebe erfolgen soll. Es sei zu erwarten, daß der Reichswehrminister der Verjüngung zustimmen werde. — In lebhaften Erörterungen führte die Beschäftigung von Zivilkräften in Truppschulen und ferner die Beschäftigung von Soldaten in Reichswehr-Werkstätten, in Küchen und auf sonstigen Arbeitsplätzen. In den Truppschulen werden den Arbeitern Leistungen zugemutet, die unmöglich erfüllt werden können. Der Vertreter des Reichswehrministeriums wird Erklärungen über das Vorgetragene einzubringen. Die Beschäftigung von Soldaten in den Werkstätten und an sonstigen Arbeitsplätzen und die damit verbundenen Entlassungen von Arbeitern, soll nach Möglichkeit unterbunden werden. — Alsdann wurde der Voranschlag zum Heeresetat erörtert. Der Vorsitzende gab dem Gedanken Ausdruck, man solle auf die gegebenermaßen Körperschaften einwirken, damit der Etat so gegliedert werde, daß für Arbeiterlöhne bereitzustellende Beträge besonders aufgeführt werden. Es würde dann vermieden werden, daß bei notwendig werdenden Einschränkungen diese nur auf Kosten der Arbeiter vorgenommen würden. — Als letzter Gegenstand wurden die Unfallgefahren in den Heeresbetrieben besprochen. Seitens des Reichswehrministeriums wurde mitgeteilt, daß bereits ein besonderer Beamter bestimmt worden sei, der die Heeresbetriebe hinsichtlich der Unfallgefahren zu beobachten habe und Maßnahmen ergreifen solle, um den Gefahren vorzubeugen.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Augsburg. Am 9. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Kollege Ranz begrüßte besonders den Bezirksleiter Weizler (München) und den Vertreter des Bezirksrats der christlichen Gewerkschaften Augsburg, Kollegen Rothhörl. Sodann ehrte man unsere Verstorbenen in der üblichen Weise. Mit besonderer Freude wurde unseres Zentralvorsitzenden, Koll. Debenbach gedacht, der auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienst der christlichen Arbeiterbewegung zurückblickt, desgleichen des Kollegen Weizler. Als dritter wurde Kollege Jakob Geiger für 25jährige treue Mitgliedschaft geehrt. Zum äußeren Zeichen der Anerkennung überreichte ihm der Bezirksleiter die silberne Gewerkschaftsnadel und ein Buch.

Dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen: Durch die Schaffung einer Versorgungskasse werden auch die bayr. Staatsarbeiter, bei Arbeitsunfähigkeit, in den Genuß einer Zusatzrente kommen. Die Mitgliederzahl konnte um ein wesentliches gehoben werden. Insgesamt wurden 18 Versammlungen und Sitzungen abgehalten; außerdem in 49 Erreichungen eine erhebliche Zahl von Auskünften erteilt. Von den wahrgenommenen Terminen beim Arbeitsgericht und sonstigen Instanzen wurden fast sämtliche zugunsten der Mitglieder entschieden. Der Massenbericht von Kollegen Schütz zeugte von einer Aufwärtsentwicklung derselben.

Besondere Freude und Befriedigung löste bei den Mitgliedern die Bekanntgabe aus, daß ab 10. Februar ein Sekretariat in Augsburg eröffnet wird, mit dessen Führung der Kollege Josef Eberwein aus München betraut wurde. Dieser hat die Mitglieder um treue Mitarbeit und tatkräftige Unterstützung.

Bei der Neuwahl wurde die alte Vorstandschaft einstimmig wiedergewählt.

Kollege Weizler, München, gab noch einen kurzen Überblick über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die zur Zeit bestehende Arbeits-

losigkeit. Er berichtete von einem Besuch an den Stadtrat, mit der Bitte, keinen Einspruch gegen eine Höher- und Pädagogisierung der Stadt Augsburg zu erheben.

An diese Ausführungen knüpfte sich noch eine Aussprache. Mögen nun die Mitglieder das neue Sekretariat, welches sich Volkartstraße 11, 2. Stg., Telefon 11 505, befindet, recht fleißig benutzen.

Berlin. Am 6. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Zu Beginn der Versammlung machte Kollege Christ interessante Mitteilungen aus der Sozialversicherung. Er schilderte insbesondere die Schwierigkeiten, die sich beim Arbeitslosenversicherungsgesetz hinsichtlich der Aufbringung der Mittel eingestellt hätten und zeigte, wie der Reichsfinanzminister versuche, diese Schwierigkeiten auf Kosten der anderen Versicherungsweige zu beheben. Auch die bedeutendsten Bestimmungen und Änderungen aus der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung wurden eingehend besprochen. Den Geschäftsbericht gab Kollege Anoll. Nach diesem hat der Verband in Berlin im Berichtsjahr zwei Tarifverträge neu abgeschlossen. Drei Tarifverträge sind gekündigt und nach erfolgreicher Verhandlung wiederum erneuert worden; zwei andere blieben ungekündigt. Ferner seien zehn Lohnbewegungen geführt worden, von denen neun mit Erfolg beendet worden. In allen Lohntarifverträgen seien durchschnittlich 6-7 Pfa. pro Stunde an Aufbesserung erzielt worden. — Auf dem Gebiete der Rechtsberatung und des Rechtsschutzes sind folgende Leistungen zu verzeichnen: Es wurden 253 Auskünfte erteilt, 261 Schriftsätze angefertigt und 141 Streitfälle vor Gerichtsbehörden vertreten. Im Interesse der Schulung und Bildung der Mitglieder wurden 144 Vorträge und ein Unterrichtskursus veranstaltet; ferner sind 176 Versammlungen, 4 Volksstands- und 10 Vertrauensmännerversammlungen abgehalten worden, außerdem fanden 4 Funktionärskonferenzen statt. — Bei der nun folgenden

Vorstandswahl sind gewählt worden: Karl Friedrich als 1. Vorsitzender, Franz Blauschun als Schriftführer, Wilhelm Knoll als 1. Kassierer.

Berlin-Brig. Am 13. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Knoll gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Nach diesem hat der Verband in Berlin im Berichtsjahr 2 Tarifverträge neu abgeschlossen, 3 Tarifverträge sind gekündigt und nach erfolgreicher Verhandlung wiederum erneuert worden; 2 andere blieben ungeändert. Ferner seien 10 Lohnbewegungen geführt worden, von denen 9 mit Erfolg beendet wurden. In allen Lohnarbeitsverträgen sind durchschnittlich 6-7 Pf. pro Stunde an Aufbesserung erzielt worden. — Auf dem Gebiete der Rechtsberatung und des Rechtsschutzes sind folgende Leistungen zu verzeichnen: Es wurden 258 Auskünfte erteilt, 261 Schriftsätze angefertigt und 141 Streiffälle vor Gerichtsbehörden vertreten. Im Interesse der Schulung und Bildung der Mitglieder wurden 144 Vorträge und ein Unterrichtskursus veranstaltet, ferner sind 176 Versammlungen, 4 Vorstand- und 10 Vertrauensmännerversammlungen abgehalten worden, außerdem fanden 4 Funktionärskonferenzen statt. — Bei der folgenden Vorstandswahl sind gewählt worden: Martin Janetzki als Erster Vorsitzender, Thomas Rogacki als Schriftführer.

Berlin-Charlottenburg. Unsere Generalversammlung fand am 7. 2. 1930 statt. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Knoll. In den Vorstand sind gewählt worden als Erster Vorsitzender Fritz Günther, als Schriftführer Peter Wasiel. Nach erfolgter Wahl fand eine lebhafteste Aussprache statt, die sich auf die zur Zeit stattfindenden Einschränkungen der städtischen Betriebe erstreckte. Die Versammlung gab ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die schlechten Finanzverhältnisse, die auf die Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit hoher städtischer Beamter zurückzuführen sind, auf Kosten der Arbeiter geordnet werden sollen.

Berlin-Spandau. In der Generalversammlung, die am 8. Februar stattfand, sind als Vorstandsmitglieder gewählt worden: Walter Kretzer als Erster Vorsitzender, Paul Wandel als Schriftführer.

Berlin-Tegeel. Unsere Generalversammlung fand am 14. Februar statt. Kollege Graefelt erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Aus dem Bericht konnte entnommen werden, daß der Verband auf den verschiedensten Gebieten große Erfolge zu verzeichnen hat. In den Vorstand sind gewählt worden: als Erster Vorsitzender Lorenz Guntel, als Schriftführer Hermann Doh. Nach der Vorstandswahl fand eine lebhafteste Aussprache statt, die sich auf die Sparmaßnahmen bei der Berliner Verkehrsaktiengesellschaft erstreckte. Die Versammlung gab der Entrüstung darüber Ausdruck, daß die schlechten Finanzverhältnisse, die auf die Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit hoher städtischer Beamter zurückzuführen sind, auf Kosten der Arbeiter geordnet werden sollen.

Bonn (Gemeindearbeiter). Sonntag, den 19. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Eichweiler, gab den Jahresbericht. Die Mitgliederentwicklung der Ortsgruppe hätte besser sein können, immer noch sind in einzelnen Betrieben Kollegen vorhanden, die glauben, ohne Verband fertig zu werden. Der Zuwachs beträgt 12 Kollegen. Versammlungen und Vorstandssitzungen wurden 15 abgehalten, sechs Delegierte wurden zu der Betriebsräte-Konferenz nach Düsseldorf, ein Delegierter zur großen Kundgebung des Gesamtverbandes nach Essen und sechs Delegierte zu der Verwaltungsräte-Konferenz nach Siegburg entsandt. Gestorben sind drei Kollegen, die in der üblichen Weise geehrt wurden. Die Ortsgruppe hatte im Berichtsjahr 15 Betriebsratsmitglieder. Den Kassenbericht gab der Kollege Wolf. Insgesamt wurden vereinnahmt 8785,05 M. an Krankengeld wurden gezahlt 1368,75 M., an Sterbegeld 490,50 M. Die Lokalkasse hatte am Schlusse des Jahres einen Bestand von 122,91 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es folgte eine rege Aussprache, an der sich zahlreiche Kollegen beteiligten.

Aus der Vorstandswahl gingen hervor: 1. Vorsitzender R. Eichweiler, Kassierer Wolf, Schriftführer Freymagen.

Kollege Wolf dankte vorerst allen Kollegen, die im Laufe des Berichtsjahres mit an führender Stelle gestanden hätten, hat aber, im kommenden Jahre mit noch mehr Eifer an der Weiterentwicklung unseres Verbandes arbeiten zu wollen. Wenn man heute beobachtet, wie mit allen Mitteln versucht würde, an den Grundsteinen der Sozialpolitik zu rütteln, wenn man weiter in allen Städten Versuche, Sparmaßnahmen nur auf Kosten der Arbeiterklasse durchzuführen, so dürfte dies genügen, um auch dem letzten Kollegen die Augen zu öffnen. Gerade das kommende Jahr muß die Arbeiterschaft einig und geschlossen vorfinden, denn bei der Verteilung der Reparationslasten müsse es die Arbeiterschaft ablehnen, noch weitere Opfer zu bringen. Vor allem gilt es, für die älteren Arbeiter zu sorgen und nach Möglichkeit die Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre herunterzusetzen sowie die Anwartschaftsordnung auszubauen.

Unter Punkt Verschiedenes wurde besonders auf die kommende Betriebsratswahl hingewiesen. Kollege Eichweiler schloß die Versammlung mit dem Wunsche an alle Kollegen, auch fernerhin an der Ausbreitung der Ortsgruppe heissen zu wollen.

Paul Wandel. Die Ortsgruppe hat seit genau zehn Jahren aus vier Mitgliedern bestanden. Es schien, als ob der Radikalismus in Bad Banded dauernd die Oberhand behalten sollte. Der sozialistische Betriebsrat verlegte die Gesühle der christlichen Arbeiter, während er es mit der Wahrnehmung seiner Pflichten nicht so eilig hatte. Dadurch brach sich endlich der Gedanke Bahn, daß eine grundsätzliche Stellungnahme zur Gewerkschaftsbewegung notwendig ist, woran Versammlungen der gegnerischen Organisation nichts mehr ändern konnten. Hauswerbungen und eine große Versammlung, die von dem Kollegen Ruppier am 7. Februar 1930 abgehalten wurde, ließen die Ortsgruppe Wandel mit einem Schlagschlag auf über 20 Leute anwachsen. In der Versammlung wurde der Vorstand gewählt. Der jungen Ortsgruppe erwachsen bei den künftigen Betriebsratswahlen große Aufgaben. Durch eine andere Arbeitsverteilung will sie den im Bedeutsame beschäftigten Arbeitern dazu verhelfen, daß sie mehr als nur 25 Wochen in der Saison Beschäftigung finden.

Einmütig kam in der Versammlung zum Ausdruck, daß die Arbeiter es endlich satt haben, sich von den freien Gewerkschaften in ihren religiösen Empfindungen dauernd anpöbeln zu lassen. Die junge Gruppe ver spricht für die Zukunft eine günstige Entwicklung.

Bad Lippspringe. Am 9. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre monatliche Versammlung ab. Trotz der großen Arbeitslosigkeit waren 40 Mitglieder anwesend. Arbeitersekretär Küßkamp hielt einen Vortrag über die Arbeitslosenversicherung. Der Redner schilderte ausführlich die Zustände vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927 und führte dabei aus, daß es dem damaligen Reichsarbeitsminister Brauns zu verdanken sei, wenn die Arbeitslosenversicherung zustande gekommen ist. Dann kam Kollege Küßkamp im Hauptthema auf die Reform der Arbeitslosenversicherung und deren Mängel zu sprechen. Er zeigte, wie die Reform nicht zur Besserung sondern zur Verschlechterung geführt hat und belegte dies durch einige Beispiele. Zum Schluß kam der Redner auf die Vordränge des jetzigen Reichsfinanzministers zu sprechen. Wir müssen uns dagegen wehren, daß die Landesversicherungsanstalten und die Reichsversicherungsanstalt Darlehen an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geben, weil dadurch dem Baumarkt noch mehr Gelder entzogen werden und die Arbeitslosigkeit noch größer wird. Dasselbe ist zum guten Teil eine Folge des Krieges, deshalb muß die Allgemeinheit auch ihren Anteil daran tragen.

Danzig. Die Arbeit eines Jahres. Eine gewerkschaftliche Organisation muß sich an der Wende eines Geschäftsjahres Rechenschaft von ihrer Tätigkeit geben. Unsere Ortsgruppe tat dieses in ihrer überfüllten Generalversammlung. Vom Kassierer, Kollege Tharandt, wurde der Kassenbericht erstattet. Gegenüber dem Vorjahre beträgt die Steigerung des Marktenverkaufs 23 Prozent, die Beitragshöhe 28 Prozent. Die Vereinnahmen des Jahres 1929 betragen über 35.000 Gb., von denen rund 1800 Gb. in Form von Unterfügungen und anderen Leistungen an die Mitglieder zurückgeflossen sind. Dem Kassierer wurde in anerkennenden Worten für seine bisherige Tätigkeit Entlastung erteilt.

Bei den Betriebsrätewahlen konnten wir bei verschiedenen Stellen neu Fuß fassen und 5 Mandate gewinnen. Die Mitgliederentwicklung ist gleichfalls erfreulich. Einem Zugang von 177 aus Uebertritten und Neuaufnahmen steht ein Abgang von 85 einseh. der Verstorbene gegenüber, so daß ein Plus von 92 Mitgl. verbleibt. Es wurden im Laufe des Jahres 5 Lohnbewegungen durchgeführt und 4 Tarifverträge abgeschlossen bzw. erneuert. In Versammlungen, Sitzungen usw. fanden 233 statt. Im Reichsarchiv wurden 184 Schriftsätze angefertigt und 70 Termine wahrgenommen. Der Vorerfolg der Rechtsdurchsetztheit beträgt 1830 Gb. Außerdem ist seitens der Organisation in 12 Fällen ein Rechtsanwalt gestellt worden zur Durchführung von Streiffällen vor den ordentlichen Gerichten, wobei es gelang, in 11 Fällen freisprechende Urteile zu erzielen. Der Schriftverkehr der Ortsgruppe weist an Eingang 1693 Stück und an Ausgang 1661 Stück Postfächer aus. Im Laufe des Jahres hat die Ortsgruppe das Nest ihrer Nahbereichsbeiträge begangen und zu Weihnachten eine Kinderbescherung veranstaltet. Im Mai fand die Bezirkskonferenz Ostdeutschlands in Danzig statt, an der auch der Verbandsvorsitzende Kollege Debenbach teilnahm. Die Vorstandswahl zeigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Georg Hoffmann, Kassierer Max Tharandt, Schriftführer Otto Neumann inn. Im Schlusswort wies Kollege Kunzelmann nochmals auf die Notwendigkeit der Mitarbeit hin, damit auch das laufende Geschäftsjahr zu einem weiteren Fortschritt der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Betriebs-, Staats- und Kommunalbetrieben führen möge.

Freiburg. Die am 9. Februar stattgefundene Generalversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches und regen Geistes. Der Vorsitzende, Kollege Lauterwasser, gab den Geschäfts- und Kassenbericht, der neben der gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Tätigkeit auch das Lohnabkommen berührte, das im Jahre 1929 eine Gesamterhöhung von 74,80 M. für die Kollegen brachte. Bei dem Ausblick auf das Jahr 1930 kam der Redner auf die Ausführungen des Freiburger Oberbürgermeisters zu sprechen, und stellte fest, daß die Gruppen- und Lohnklasseneinteilung gekündigt wurde. Das eigentliche Lohnabkommen läuft bis zu dem vom Schlichtungsausschuss festgesetzten Termine weiter. Mit dem Dank an die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, für die treue Mitarbeit schloß der Kollege seinen Bericht. In der anschließenden Aussprache kam die reiflose Anerkennung der geleisteten Arbeit zum Ausdruck. Nach einer Erörterung der besonders in der Werbetätigkeit rühmigen Mitglieder, Kollegen Eberle, Sengenbach und Karl Schäpe, durch Ueberreichung sinniger Bücher, erfolgte die Vorstandswahl, die einstimmig verlief und dem früheren Vorstand wieder die Geschäftsleitung übergab. Nachdem im Punkte Verschiedenes noch brauchbare Anregungen herbeigebracht wurden, übermittelte der als Gast anwesende Vorsitzende der Ortsgruppe Waldkirch, Kollege Wollweber, deren Grüße. Mit einem Schlusswort des Kollegen Lauterwasser fand die Versammlung ihr Ende, die ein guter Auftakt für das kommende Jahr war.

Freising. Am Mittwoch fand unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Aus dem Bericht des Kollegen Wolf war zu entnehmen, daß sieben Mitgliederversammlungen und drei Vorstandssitzungen stattgefunden. — Der Mitgliederstand hat sich auf 42 erhöht. In zwei Fällen fanden Versammlungen ihre Vertretung beim Arbeitsgericht und beim Ueberversicherungsamt, wo für dieselben ein voller Erfolg erzielt wurde. Aus dem Berichte des Kassierers Kumpfer ist zu ersehen, daß die Einnahmen der Hauptkasse 1183,30 M., die Ausgaben 451,08 M. betragen und 732,22 an die Hauptkasse abgeliefert wurden. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 120,84 M. Nach der Entlastung der Vorstandschaft hielt Bezirksleiter Weiler einen Vortrag über die Tätigkeit und Entwicklung unseres Verbandes. Dabei kam derselbe auf die Klärung des Lohnabkommens zu sprechen und gab zu erkennen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse äußerst ungünstig entwickelten und die Städte sich in großen Nöten befänden. Nach der Diskussion wurde die bisherige Vorstandschaft einstimmig wiedergewählt. Damit fand die sehr anregende Versammlung ihren Abschluß.

Slag. Am 9. Februar hielt die Ortsgruppe ihre gutbesuchte Generalversammlung ab, in der Kollege Ku, unser einziger Vortrag über die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse hielt.

Vom Youngplan ausgehend, behandelte Redner die wirtschaftliche Lage in Deutschland und ging nachher auf die besondere Notlage Schlesiens und der Grafschaft Slag über. Unter anderem wurde die Arbeitslosigkeit behandelt und festgestellt, daß in Schlesien die Höchstfrun der Arbeitslosigkeit des Jahres 1926 bereits überschritten sind. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen, namentlich in den Webbetrieben, haben im letzten Jahre die Anwartschaft auf Arbeitslosenversicherung nicht erreicht, weil sie nur 25 und weniger Wochen dauernd beschäftigt gewesen sind. Zum größten Teil müssen die Kollegen und Kolleginnen mit einer monatlichen Wohlfahrtsunterstützung von 9.— M. und weniger ihr Leben fristen.

Es wird die Hauptaufgabe des Verbandes sein, zu Beginn der Saison in den Webbetrieben dafür zu sorgen, daß mindestens die Arbeit so verteilt wird, daß alle Beschäftigte 26 Wochen Arbeitsmöglichkeiten haben.

Die Ortsgruppe Slag hatte im letzten Jahre einen Zugang von über 20 Prozent und umfaßt heute 80 Mitglieder. Einen besonderen Erfolg hat sie dadurch zu verzeichnen, daß der Vorsitzende, Kollege Kaplan, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Slag geworden ist. Im Laufe des letzten Jahres wurden mehrere Termine mit Erfolg vor dem Arbeitsgericht wahrgenommen, wodurch unsere Kollegen zum Teil vor Entlassungen geschützt wurden, zum Teil auf Grund des § 87 P.O.G. entsprechende Abfindungssummen erhielten.

Einmütig kam die Versammlung zum Schluß, daß engste Zusammenarbeit in der christlichen Gewerkschaft für die Arbeitnehmer einen Erfolg zu bringen in der Lage ist.

Mit dem Gedächtnis der Treue und intensiver Mitarbeit wurde die Versammlung, nachdem der alte Vorstand bis auf einige Änderungen neugewählt war, geschlossen.

Stettingen. Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe tagte am 6. Februar. Kollege Eichhorn gab den Geschäfts- und Kassenbericht, der immerhin erkennen ließ, daß die Ortsgruppe im letzten Halbjahr wieder ein frisches Leben zeigt. Nicht immer war der Geist so, wie es von einer vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft erwartet werden kann. Neue Mitglieder konnten gewonnen und verärgerte zurückgewonnen werden. Die Kassenverhältnisse sind als gut zu bezeichnen. Dem Kassierer wurde die notwendige Entlastung erteilt. Nach der Wahl des Vorstandes setzt sich dieser nunmehr wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Kollege Düpeden, Kassierer Kollege Eichhorn, Schriftführer Kollege Träbing, Kollege Wellmann (Hannover) hielt einen interessanten Vortrag über die Finanz- und Wirtschaftslage und ihre Folgen für die Arbeiterschaft in den öffentlichen Betrieben, an den sich eine rege Aussprache angeschlossen. Im Anschluß daran wurden die kommenden Vertreterwahlen behandelt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Bitte um rege Mitarbeit, um die Sammeligen, die bisher den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben, für den Verband zu gewinnen und eine härtere Front der organisierten Arbeiter zu schaffen.

Jungelsdorf. Am 2. Februar hielt die Ortsgruppe der Reichsarbeiter ihre ordentliche Generalversammlung ab, welche einen sehr starken Besuch aufzuweisen hatte. Der Erste Vorsitzende, Kollege Schmäder, gab eine kurze Lebensrückblick über das vergangene Geschäftsjahr. Daraus war zu entnehmen, daß in der Ortsgruppe fleißig gearbeitet wurde. Nicht weniger als 13 Mitglieder konnten ihr 25jähriges Verbandsjubiläum feiern. Eine schlichte, aber einträchtige Jubiläumssfeier vereinte die Jubilare und die Mitglieder zu einem gemächlichen Beisammensein, außerdem wurde mit den Gemeindegliedern eine familiäre Weihnachtsfeier veranstaltet, die einen sehr guten Verlauf nahm. Kassierer Heilmann erstattete seinen Jahreskassenbericht. Die Kassenverhältnisse sind als gut zu bezeichnen, konnten doch zu Weihnachten einige bedürftige und kranke Mitglieder von der Ortsgruppenkasse beschenkt werden. Die alljährliche Vorstandswahl wurde einstimmig wiedergewählt und in den Ausschluß einige Mitglieder neu berufen. Der Erste Vorsitzende erstattete hierauf einen kurzen Bericht über den 2. Reichsarbeiterkongress in Würzburg. Er wies besonders auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen hin und konnte bei dieser Gelegenheit erneut den Mitgliedern die unbedingte Notwendigkeit des Verbandes vor Augen führen. Besonders galt sein Mahnruf der Jugend. Es sei Pflicht eines jeden jugendlichen Kollegen, sich dem Verband anzuschließen, damit es später gute und vollwertige Gewerkschaftler werden.

Mün. Ueber eine außerordentlich günstige Entwicklung unserer Ortsverwaltung konnte in den im Februar d. J. stattgefundenen Generalversammlungen der Ortsgruppen Gemeindeglieder, Straßenbahnern und Verkehrs- und Betriebsbeamten (einschl. der Ortsgruppe Köln-Mülheim) berichtet werden. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1928 4711 und Ende des Berichtsjahres 5182, das ist ein Mehr von 471 Mitgliedern. Nachlässig man, wie in allen anderen Verbänden, eine Anzahl Mitglieder abgelehrt werden mußten, weil sie mit ihren Beiträgen über die tarifmäßigen Bestimmungen hinaus im Rückstande waren, so ist die Zunahme um so höher zu bewerten.

Die Gesamtannahmen betrugen 174.531,90 M., die Ausgaben 51.830,77 M. Der Kassenbestand betrug am Ende des Jahres 7.785,57 M. An Reichs- und Provinzial-Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung — wurden gezahlt 27.781,20 M.

Die Lohnerhöhung im vorigen Jahre brachte den 12.000 städtischen Arbeitern insgesamt 1.198.000 M. Erhöhung ihres Einkommens. Außerdem wurden für etwa 1000 Arbeiter bei der Köln-Bonner Eisenbahn an Lohnerhöhung 80.920 M. erteilt.

Für die Verkehrs- und Betriebsbeamten wurden eine Reihe Anträge zur Verbesserung gestellt, die eine Verbesserung von 888.000 M. brachten. Die Einzelanträge brachten einen Erfolg von 19.089 M.

Für die Verbesserung der Ruhegeldordnung waren eine Reihe Anträge im vorigen Jahre gestellt worden und wurde auf dem Verhandlungswege erreicht, daß ab 1. Januar 1929 nur noch die Hälfte der Invalidenrente auf das Ruhegeld in Anrechnung gebracht wird. Diese Verbesserung war nur durch unsere Initiative möglich, da die sozialdemokratischen

Verbände keinerlei diesbezüglichen Anträge gestellt hatten. Bei dieser Gelegenheit wollen wir bemerken, daß wir zu den diesjährigen Ortsberatungen erneut folgende Anträge zur Verbesserung der Ruhegeldordnung gestellt haben:

1. Im § 1 der Bestimmungen wird an Stelle des vollen Jahres 20 Lebensjahre das „17. Lebensjahr“ gesetzt.
2. Die Anrechnung der Militär- und Kriegsdienstzeit erfolgt nach den Bestimmungen, wie sie für Beamte und Angestellte in Anwendung gebracht werden.
3. Im § 4 der Bestimmungen werden zu dem Stundenlohn die Beiträge zugrunde gelegt, die im Tarifvertrag für städtische Arbeiter und Straßenbahnner als zum Lohn gehörend vereinbart sind.
4. Die Nichtanrechnung der Invaliden- und Unfallrente auf das Ruhegeld (§ 5 der Bestimmungen)

Im übrigen ist dem Geschäftsbericht noch zu entnehmen: Es fanden 566 Versammlungen statt; Vorstandssitzungen usw. 564. Konferenzen wurden 106 abgehalten. Auskünfte über Arbeits- und Tarifvertrag, Betriebsrätefragen, Sozialversicherung, Mietfragen usw. wurden 981 erteilt. Schriftsätze, die die vorgenannten Gebiete betrafen, wurden 629 angefertigt und 62 Termine wahrgenommen.

An Einladungen wurden 8883 Briefe, 3072 Postkarten und 1824 Rundschreiben versandt.

Die Zuschuß-Erhebungen, die am 1. April 1928 bei der Ortsverwaltung Köln eingeführt worden ist und sich zum Teil auch auf den Bezirk Köln erstreckt, erfreut sich einer guten Entwicklung. Die Mitgliederzahl liegt auf 2358. Der Kassenbestand betrug am Ende des Jahres rund 20.000 M. Es fanden im Berichtsjahre 20 Mitglieder, die dieser Klasse angehörten und wurde hierfür ein Betrag von 10.000 M. gezahlt. Auch am Anfang des neuen Jahres ist eine starke Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen.

Nachdem die Stilllegung des Kölner Gaswerks beschlossen war, haben wir uns sofort mit einer Eingabe an die Stadtverwaltung gewandt, um bei der Verlegung der Arbeiter in andere Betriebe ihre bisherigen Rechte in bezug auf Entlohnung und Pensionierung zu sichern. In dieser Angelegenheit hat der sozialdemokratische Verband nichts unterlassen. Für das Fahrpersonal der städtischen Bahnen wurde ein langjähriger Wunsch erfüllt, indem die Freifahrt in Zivil durch unseren Antrag erreicht wurde. 29 Kollegen konnten im Berichtsjahre auf eine 25jährige Mitgliedschaft innerhalb unseres Verbandes zurückblicken und wurde die Ehrung dieser Kollegen besonders begangen.

Die Vorstandswahl brachte in den Generalversammlungen bei den einzelnen Gruppen keine wesentliche Verschiebung und wurden die alten Vorstandsmitglieder zum größten Teil wiedergewählt.

Mit der Entwicklung unserer Ortsgruppe können wir zufrieden sein und geht aus dem Geschäftsbericht die rege Tätigkeit der Zeitung hervor, die von dem Vertrauen der Mitglieder getragen ist.

Kottbus. Am 15. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Kollege Kaiser erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Aus dem ersteren konnte entnommen werden, daß nach dem Gründungsjahr der Ortsgruppe (11. Mai) 16 Mitglieder beigetreten sind. Drei Mitglieder sind ausgeschieden. Allmonatlich wurden Versammlungen abgehalten, die zum Teil mit lehrreichen Vorträgen verbunden waren. Nach dem Geschäftsbericht wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen August Tomalla als Vorsitzender, Edmund Kaiser als Kassierer, Alfred Lehmann als Schriftführer.

Der Bezirksleiter, Kollege Knoch, hielt einen Vortrag über „Die Unterfütterungseinrichtungen unseres Verbandes“. In dem er einleitend auf die einzelnen Unterfütterungsarten hinwies, erläuterte er die verschiedenen Bestimmungen derselben. Gleichzeitig zog er Vergleiche zu den Unterfütterungseinrichtungen anderer Verbände und konnte so nachweisen, daß der Verband mit seinen Einrichtungen anderen Verbänden in keiner Weise nachsteht. Den Mitgliedern empfahl er, die Satzung stets bei sich zu führen, um mittels dieser böswilligen Behauptungen wirksam be gegnen zu können.

Landshut. In der am 9. Februar stattgefundenen Generalversammlung wurde zunächst der neu amtierende Arbeitersekretär der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands begrüßt. Sodann erstattete der Vorsitzende Hümmel den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß die Versammlungstätigkeit eine lebhaftere war, es fanden 12 Versammlungen, 1 außerordentliche Mitgliederversammlung, 6 Vorstandssitzungen und 2 Familienveranstaltungen statt. Der schriftliche Verkehr mit den in Betracht kommenden Behörden war gleichfalls ein sehr reger. Eine Verhandlung beim Arbeitsgericht mußte wahrgenommen werden, die zugunsten des Kollegen ausging. Der Kassenbericht des Kollegen Meierlohr zeigte für die Hauptklasse eine Einnahme von 2740,60 M. und für die Totalkasse von 461,92 M., sowie für die Hauptklasse eine Ausgabe von 935,68 M. und für die Totalkasse eine solche von 435,62 M. Der Hauptkasse konnten 1804,58 M. überwiesen werden, der Totalkassenbestand beträgt insl. einiger Ueberflüsse aus Veranstaltungen 212,80 M. Die teils neu, teils wiedergewählte Vorstandswahl setzt sich zusammen wie folgt: 1. Vorsitzender Hümmel, 1. Kassierer Grafketter, 1. Schriftführer Czer. Nach einem vom Kollegen Sauermonn (München) gehaltenen Vortrag „Rück- und Ausblick auf die soziale, wirtschaftliche und tarifliche Lage“ der Kollegenchaft und mit dem Wunsch des Referenten auf ein einigtes und geschlossenes Zusammenarbeiten von Vorstandschaft und Mitgliedern, fand die Versammlung ihr Ende.

Reimersheim. Die Fließbauarbeiter der Rheinpfalz hielten am 2. Februar in Reimersheim ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Adolf Bösch, erstattete den Jahresbericht. Sehr viel Arbeit mußte infolge der schlechten Beschäftigungsmöglichkeit für die Mitglieder geleistet werden. Eine Klage am Arbeitsgericht wurde notwendig, um für die ausgefallenen Verbandsmitglieder Weiterbeschäftigung zu erreichen. Trotzdem herrscht auch jetzt wieder große Arbeitslosigkeit, weil der bayerische Staat für notwendige Straßen- und Fließbauarbeiten keine Geldmittel mehr zur Verfügung stellen kann.

Der Kassenbericht wurde vom Kassierer, Kollegen Albert Bösch, erstattet. Von 48 Mitgliedern sind zurzeit nur 32 Kollegen in Arbeit. Eine große Erbitterung herrscht unter den Kollegen, weil trotz aller

Bemühungen keine Arbeit zu bekommen ist und durch die unter dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wiffel beschlossenen Änderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auch die Unterstützungsmittel wesentlich vermindert wurden. Hinsu kommt, daß durch diese Arbeitslosigkeit zahlreiche jugendliche Arbeiter trotz jahrelanger Arbeit beim Staat nicht Mitglied der Rentenversicherungskasse werden. Der Verbandssekretär, Kollege Bauer, wurde ersucht, nach Möglichkeit für Abänderung des derzeitigen Bundesbeschlusses zu sein.

Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Adolf Laß, Kass. Ab. Bösch, Schriftführer Karl Emmeling.

Mannheim. Am 8. Februar 1930 hielt die Ortsgruppe Mannheim — Gemeindefreier — ihre Generalversammlung ab. Der außerordentlich starke Besuch zeigte, daß in der Ortsgruppe reges Leben herrscht. Der Vorsitzende, Kollege Jung, erstattete den Jahresbericht. Außerordentlich viel Kleinarbeit, (Eingeliegungen, Verhandlungen) mußte im Interesse der Mitglieder geleistet werden. Allerdings konnten nicht alle Wünsche erfüllt werden. Bei den Betriebsratswahlen haben wir im Caserwerk einen Kollegen in den Betriebsrat und ebenfalls einen Kollegen in den Arbeiterrat gebracht.

Den Kassenbericht erstattete für den erkrankten Kollegen Frank der 2. Kassierer, Kollege Philipp Schmitt. An Einnahmen für die Hauptkasse sind 6281,22 M. zu verzeichnen. An die Hauptkasse wurden nach Auszahlung der Unterzahlungen und des Totalkasseneinbehalts 4262,20 M. gezahlt. Der Totalkassenbestand beträgt 231,24 M. Im Jahre 1929 wurden 44 neue Mitglieder gewonnen.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender August Jung, 1. Kassierer Valentin Frank, 1. Schriftführer Karl Wörmann. Nach der Wahl hielt Herr Stadtrat Braun einen Vortrag über Gegenwartsfragen. Der Redner zeigte uns kurz die Weltpolitik, gab uns einen kleinen Einblick in die Reichspolitik und konzentrierte sich dann seine Ausführungen um die Stichworte Kapital und Arbeit. Die gegenwärtige Nationalisierung, im wesentlichen ermöglicht durch Inveſtierung ausländischer Kapitalien, ist kein Segen für das deutsche Volk. Früher wurden in Zeiten rückläufiger Konjunktur auf Vorrat gearbeitet. Heute werden die Menschen auf Vorrat gelegt, das heißt, der Arbeitslosenversicherung überwiegen. Das Erwerben des Kapitals ist fast ausschließlich auf Gewinn gerichtet. Daß der Mensch das edelste Geschöpf unseres Herrgotts ist, wird vergessen. Interessant waren die Zahlen über die Löhne und Gehälter der Stadt Mannheim. Rund 21 Millionen Goldmark zahlte die Stadt Mannheim an 2435 Beamte, einschließlich Straßenbahner, an 707 Angestellte und an 2398 Arbeiter.

Die drei städtischen Werke verzeichnen jährlich rund 2 Millionen Einnahmen. Für Wohlfahrtszwecke sind im Jahre 1930 rund 16 Mill. M. vorgesehen. Das Budget schließt für 1930/31 mit 110.000.000 M. ab. Bei einem solchen Gemeinwesen muß jeder Mensch aus christlichem Mitleid und Denken heraus seine Pflicht tun. Unser Ringen in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung muß sich sowohl in wirtschaftlicher, wie in sozialer oder auch in weltanschaulicher Richtung bemerkbar machen. Deshalb soll jeder seine Pflicht als ganzer Mann, als ganze Frau dort erfüllen, wozu der Schöpfer ihn gestellt hat, dann wird unser Wirken ein Segen sein für Volk und Vaterland. An den Vortrag schloß sich eine lebhafteste Diskussion.

Unserem Kollegen Heinrich Fuchs, welcher sein 25jähriges Dienstjubiläum gefeiert hat, wurden die Glückwünsche des Verbandes ausgesprochen und ihm ein kleines Geschenk überreicht.

Marienwerder. In immer größerem Umfange erkennen die Arbeiter der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen die Notwendigkeit christlicher Gewerkschaften. Ende des vergangenen Jahres hatte auf Veranstaltung einiger Reichsarbeiter unser Verband in Marienwerder eine Versammlung einberufen, zu welcher der Bezirksleiter Ranzelmann aus Danzig erschienen war. Derselbe hielt einen Vortrag über das Wesen und Wirken der christlichen Gewerkschaften und betonte, daß es Pflicht jedes vorwärtsstrebenden Arbeiters sei, einer gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. Der parteipolitisch und konfessionell neutrale Charakter der christlichen Gewerkschaften ermöglichte jedem nicht sozialistischen Arbeiter den Beitritt. Die mit Interesse aufgenommenen Ausführungen wurden von den Anwesenden in zustimmendem Sinne diskutiert, und erklärten sich anschließend sämtliche Anwesenden bereit, der Organisation beizutreten. Es konnte sofort zur Bildung einer Ortsgruppe geschritten werden, die sich in ständig aufsteigender Linie bewegt.

Für den Vorstand wurden die nachgenannten Personen gewählt: Ernst Stapin, Vorsitzender und vord. Kassierer, Anton Blowski als Schriftführer, Frau Kolin als Beisitzer.

Moosburg. Unsere Generalversammlung fand am 2. Februar statt. Der Bezirksleiter Weizler (München) hielt einen ausregenden Vortrag. — Bei der Wahl der Vorstandskasse wurde Kollege Hellmeyer als Vorsitzender, Kollege Mayer als Kassierer, Kollege Hofmann als Schriftführer gewählt. — Es wurde beschlossen, sich an den Betriebsratswahlen des städtischen Appenbormwerkes zu beteiligen und als Kandidaten Kollegen Johann Seibold für unsere gemeinsame Liste in Vorschlag gebracht.

Oppenheim. Zielbewußte Gewerkschaftsarbeit. Es ist nicht gleichgültig, wo ein Arbeiter organisiert ist. Diese Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn und so sehen wir ein immer stärkeres Anwachsen der christlichen Gewerkschaften. Neben der außerst wichtigen Frage der Weltanschauung, zu der sich eine Gewerkschaft zählt, ist es auch notwendig, sich dem rechten Berufsverband anzuschließen. Ein Beispiel dafür sind die Arbeiter der Gemeinde Bischofsburg, Opp. Diese gehörten zum Teil jahrelang den verschiedensten Organisationen an, wie Verkehrsband, Bauernverband, Verband der Felleier und Maschinisten usw. Gestern haben aber diese Organisationen für diese Arbeiter nichts. Es wurde erst anders, als unser Verband eintraf. Nachdem die Mehrzahl der Arbeiter sich bei uns organisiert hatten, wurde ein Betriebsrat gewählt, den es bisher für die städtischen Arbeiter in Bischofsburg noch gar nicht gab. Durch Verhandlungen mit dem Magistrat wurde dann erreicht, daß ab 1. Januar 1930 die Tarife für Gemeindefreier anerkannt wurden. Für die Monatslohnempfänger bedeutet dies eine Erhöhung

ihrer Bezüge bis zu 26 M., für die Stundenlohnempfänger eine Erhöhung ihres Lohnes um 25 Pfg. oder um 10 Pfg. Weiterhin wurden Verbesserungen erzielt durch Gewährung von Krankentagen, Bezahlung der Zuschläge für planmäßige Sonntagsarbeit, Bezahlung der Wochenfeiertage, erhöhter Anspruch auf Urlaub und Regelung der Wundungszeit. Die Kollegen von Bischofsburg dürfen nun aber nicht eher ruhen, bis auch der letzte Mann, der für unseren Verband in Frage kommt, bei uns organisiert ist.

Paffan (Gemeindefreier). Am 24. Januar fand unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Lechner ist zu entnehmen, daß eine Generalversammlung, neun Mitglieder, zwei Wander-, eine Kreisversammlung und neun Ausschüsse stattgefunden. — Die Mitgliederzahl ist stabil geblieben. In der letzten Zeit wurden beim Stadtbauamt viele Kollegen entlassen. Die Reichsarbeiter gründeten eine eigene Ortsgruppe. Bei den Betriebsratswahlen, die seitens des freien Verbandes angestrebt wurden, hat die Ortsgruppe durch Vertretung des Kollegen Sauer mann (München) am Arbeitsgericht einen vollen Erfolg davongetragen. — Aus dem Kassenbericht des Kollegen Pauli ist festzustellen, daß die Einnahmen der Hauptkasse 2582,30 M., die Ausgaben 2660 M. betragen und somit 1745,70 M. an die Hauptkasse abgeliefert werden konnten. Die Einnahmen der Totalkasse betragen 522,63 M., die Ausgaben 503,67, so daß mit dem Bestand aus dem Vorjahre ein Betrag von 107,78 M. zu verzeichnen war. Nach dem Kassenbericht sprach Bezirksleiter Weizler (München) der Vorstandskasse und sämtlichen Mitgliedern für ihre Mitarbeit am Verbandsamt den Dank aus, woraus der Vorstandskasse Entlastung erteilt wurde. — Stadtrat Maier, Ehrenmitglied unserer Ortsgruppe, sprach über die finanziellen Nöte der Städte und über die Bestrebungen gewisser Kreise aus dem Mittelstand, der Stadtrat solle keine Arbeiten in eigener Regie durchführen, sondern dieselben an Handwerksmeister vergeben. Die Organisation der Gemeindefreier hat deshalb die Augen offenzubehalten und wird derartigen Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenarbeiten. — Bei der Neuwahl der Vorstandskasse wurde dieselbe fast vollständig wiedergewählt.

Paffan (Reichsarbeiter). Unsere für das Jahr 1929 abgehaltene Generalversammlung nahm einen befriedigenden Verlauf. Die Ortsgruppe, welche ab 1. April 1929 gegründet wurde, zählt 18 Mitglieder. Das Versammlungsweien wurde normal durchgeführt. Durch Eingreifen der Organisation wurde eine drohende Arbeiterentlassung bei den Handwerksbetrieben vermieden, ferner drei Kolleginnen, denen die Kinderzulagen nicht bezahlt wurde, insgesamt 909 Mark nachbezahlt. Diesem Bericht des Kollegen Mandl folgte der Kassenbericht des Kollegen Gruber, nach dem festzustellen ist, daß die Einnahmen der Hauptkasse 380,55 M., die Ausgaben 94,01 M. betragen und 286,54 Mark an die Hauptkasse abgeliefert werden konnten. Die Einnahmen der Totalkasse betragen 58,86 M., die Ausgaben 52,17 M., so daß 6,69 M. verbleiben. — Nach der Wahl der Vorstandskasse richtete der Bezirksleiter Weizler (München) an die Versammlung ermunternde Worte zur ferneren Mitarbeit im Verbandsamt.

Regen. Die Ortsgruppe hielt am 18. 1. 30 ihre Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Arnold Jöbges, gab den Jahresbericht. Unsere Mitgliederzahl ist im Verlaufe des Jahres von 81 auf 96 gestiegen. Den Kassenbericht gab Kollege Hubert Janßen. Der Umsatz an Beitragsmarken wies eine Einnahme von 2800,20 M. auf, an Ausgaben gingen ab 926,55 M., so daß noch 2873,65 M. an die Hauptkasse gelangt werden konnten. Die Tätigkeit des Kassierers war von den Kassenrevisoren geprüft und in bester Ordnung befunden worden. Einmütig wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen als 1. Vorsitzender der Kollege Arnold Jöbges, als 1. Kassierer Kollege Hubert Janßen und als 1. Schriftführer Kollege Walter Kublen hervor. Der gesamte Vorstand wurde durch Zuzug einstimmig gewählt. Der Kollege Schögenz sprach seinen Dank an alle bisherigen Vorstandsmitglieder aus für ihre reue und rege Tätigkeit und brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß auch der jetzige Vorstand zum Wohle der Kollegen und des gesamten Verbandes weiter arbeiten möge. Der Kollege Kemmergen machte interessante Ausführungen über Zweck und Ziele der christlichen Gewerkschaften, welche allgemeinen Beifall fanden. Nachdem unter Punkt Verschiedenes noch einige Fragen erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung mit der Bitte, daß alle Kollegen auch in Zukunft ihre Treue zu unserer Werkstatt behalten mögen.

Straubing. Am 25. Januar fand die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Der Vorsitzende Weinberger erstattete den Geschäftsbericht. Nach demselben sind am Schluß des Jahres 1929 62 Mitglieder vorhanden. Abgehalten wurden acht Versammlungen und vier Vorstandssitzungen. — Nach dem Kassenbericht des Kollegen Ebel betragen die Einnahmen der Hauptkasse 1858,30 M., die Ausgaben 497,97 M., abgeliefert wurden 1360,33 M. Der Bestand der Totalkasse ist ebenfalls ein befriedigender. — Die bisherige Vorstandskasse wurde beibehalten und an Stelle des Kassierers, der die Wiederwahl ablehnte, Kollege Probst (Reichsarbeiter) gewählt. Bezirksleiter Weizler (München) hielt einen Vortrag „Küßlich über die Tätigkeit unseres Verbandes und seine Aufgaben in der Zukunft“. Es wurde beschlossen, beim Stadtrat einen Antrag zu stellen betreffs Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das Reichsträgerpersonal.

Stuttgart (Gemeindefreier). Unsere Ortsgruppe hielt am 2. Febr. bei vollbesetztem Saale ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Bödinger, begrüßte besonders den erschienenen Landesgeschäftsführer, Kollegen Bödich, und einen Vertreter des Gemeindevrats (Herrn Gemeindevater Balfuss). — Nach dem vorgetragenen Geschäfts- und Kassenbericht, aus dem zu ersehen war, daß in unserer Ortsgruppe reges Leben herrscht, konnte die erfreuliche Mitteilung von einer großen Zahl Neueintritte gemacht werden. Es sind diese der regen Mitarbeit der Kollegen, die sich bei der Hausbesuchung betätigt haben, gutzuschreiben. Die folgenden Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des jetzigen Ausschusses, der jedoch aus werbetätigen Gründen erweitert wurde. 1. Vorsitzender ist Kollege Bödinger, Kassierer Kollege Traber, Schriftführer Kollege Antonski.

Anschließend hielt Kollege Antkowiak einen kurzen, jedoch sehr inhaltreichen Vortrag über Aufbau, Zweck und Ziel der christlichen Gewerkschaftsbewegung, an den sich eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion anschloß. Mit dem Dank an die alten Mitarbeiter sowie der Bitte, getreu unserem Wahlspruch: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ auch im neuen Jahre zur guten Sache zu halten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Blühofen (Flußbauarbeiter). Unsere am 25. Januar stattgefundene Generalversammlung war vollständig besucht. Aus dem Tätigkeitsbericht des Kollegen Probst ist zu entnehmen, daß das Verbandswesen gut funktioniert und durch den Verband beim Abschluß der Lohnverhandlungen im vergangenen Jahre unverkennbare Fortschritte erzielt worden sind. Zu begrüßen ist es, daß Kollege Ferdinand Kuer als Stadtrat von Blühofen und unser Kassierer Lang als Gemeindevorstand in Bindorf gewählt wurde. Nach dessen Kassierenbericht betragen die Einnahmen der Hauptaße 556 10 Mk., die Ausgaben 288 98 Mk., an die Hauptkasse wurden abgeliefert 317 12 Mk. Der Stand der Lokaltasse beträgt 45 64 Mk. — Bezirksleiter Weizler (München) gab Aufschluß über die Zufuhrversorgung derjenigen Kollegen, die nicht mehr in die Pensionskasse aufgenommen werden konnten, wonach zwei altverdienste Kollegen unserer Ortsgruppe in der nächsten Zeit in den Ruhestand treten werden. — Es wurde beschlossen, daß sich die Kollegen in diesem Jahre lebhaft an der Wahl des Betriebsrates für die Reichswasserfragen betätigen soll. Damit fand die Versammlung ihren Abschluß.

Oppol. Am 21. Januar d. J. hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Kollege Müller gab den Kassierenbericht für das Jahr 1929. Durch Marktenverkauf war eine Einnahme von 7 712,93 Gd. zu verzeichnen, wovon für unsere Lokaltasse nach Abzug der Ausgaben 203,96 Gd. verblieben, während wir mit 40 Gd. Schulden das Jahr angefangen hatten. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf gab der Vorsitzende, Kollege Laga, den Jahresübersicht. Dank der regen Arbeit des 1. Vorsitzenden ist unsere Ortsgruppe von 130 auf 258 Mitglieder gewachsen. Dieses bedeutet eine Zunahme von 100 Prozent. Es wurden im verfloffenen Jahre 13 Mitgliederberatungen und 6 Vorstandssitzungen abgehalten. Vorträge hielten uns im verfloffenen Jahre Kollege Sibbe über „Volk, Staat und Gewerkschaft“, Kollege Hinz, Danzig, über „Gewerkschaftsleben“, unser Zentralvorsitzender, Kollege Debenbach, anlässlich unserer Bezirkskonferenz über „Die Rechte der Arbeiterschaft in früheren Zeiten und heute“. Kollege Müller hat an dem 12. christlichen Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. seitens der Organisation teilgenommen. An Lohn-erhöhungen haben wir im verfloffenen Jahre eine zu verzeichnen, die uns eine Zulage von 4 Pfg. brachte. Vor dem Arbeits- bzw. Landes-arbeitsgericht mußten zu wiederholten Malen die Rechte der Arbeiterschaft ausgefochten werden. Hierauf dankte der Bezirksleiter dem alten Vorstand für seine treue Mitarbeit, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch im neuen Jahr der gesamte Vorstand für die christlich-nationale Sache strebt. Nur durch vereinte Zusammenarbeit aller Kollegen werden wir ersprießliche Arbeit leisten. Hierauf wurde zur Remuneration des Vorstandes geschritten, aus der der Kollege Laga als Vorsitzender und Kollege Müller als Kassierer hervorging. Unter Punkt Verschiedenes fanden noch einige betriebliche Angelegenheiten ihre Erledigung.

Verwaltungsstellenkonferenz in Baden.

Die badischen Ortsverwaltungen hatten am 15. und 16. Februar in erfreulich großer Anzahl Vertreter nach Mannheim entsandt zur diesjährigen Landeskonferenz. Sämtliche Ortsgruppen waren mit 92 Delegierten vertreten. Von der Hauptverwaltung nahm der Zentralvorsitzende, Kollege Debenbach, an der Tagung teil. Der Konferenz ging ein sehr befruchteter Begrüßungsabend im großen Saale des Kolpinghauses voraus. Dieser Abend dürfte allen Teilnehmern un-vergessen bleiben. Was hier der Sängerkor, die Musik- und Theater-Abteilung unserer Mannheimer Straßenbahner-Ortsgruppe geleistet haben, verdient die Note „ausgezeichnet“. Die Konferenz am Sonntagmorgen wurde eingeleitet durch einige Gesangsvorträge unserer Mannheimer Straßenbahnerkollegen. Hierauf eröffnete Bezirksleiter Kahlender die Konferenz und begrüßte die zahlreichen Ortsgruppenvertreter. Das Ortsamt Mannheim der christl. Gewerkschaften war vertreten durch dessen Vorsitzenden, Gauleiter A m m a n. Die Wahl der Konferenzleitung hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege Sauer, Mannheim, und Kollege Schmitt, Mannheim, als Stellvertreter. Als Schriftführer wurde Kollege Lauterwasser, Freiburg, gewählt. Bezirksleiter F a h r e n d e r gab den Geschäftsbericht. Demselben ist zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder in den badischen Verwaltungsstellen von 2213 auf 2447 oder um 10 Prozent gestiegen ist. Im ganzen Bezirk Karlsruhe konnte die Zahl der Mitglieder von 3845 auf 4156 gesteigert werden. Der Steigerung der Mitgliederzahl entspricht die Steigerung der Beitragseinnahmen. Die Quartals-Einnahmen in den badischen Gruppen liegen von 16 860 Mk. auf 21 186 Mk. Viele Arbeit wurde geleistet für die verschiedenen Nachgruppen, wie Straßenbahner, Straßenwäner, Kranenflieger, Staats- und Gemeindevorstand. Von Wichtigkeit war die Feststellung, daß Bestrebungen im Gange sind, die Löhne der Gemeindevorstand abzubauen. Dies wurde mit Recht als ein Ziel mit dem Feuer bezeichnet. Das dringendste Gebot der Stunde sei, jetzt erst recht am Ausbau und an der Erstarbung der Organisation zu arbeiten, damit die Interessen der Mitglieder jederzeit mit Nachdruck vertreten werden können. Der Bericht des Bezirksleiters wurde noch ergänzt durch kurze Berichte der Sekretäre Sauer, Mannheim, und Dietrich, Baden-Baden. Sämtliche Berichte wurden mit Be-riedigung und Beifall aufgenommen. An die Berichte schloß sich eine ausgiebige Aussprache an, in welcher der Verbandsleitung Dank und Anerkennung gesagt wurde. Nach Abschluß der Geschäftsberichte nahm unser Zentralvorsitzender, Kollege Debenbach, das Wort zu einem Vortrage über das Thema: „Unser Kampf um Gleichberechtigung in Volk und Wirtschaft“. Der Vortrag war recht interessant und lehr-reich und fand aufmerksame Zuhörer. Er rang aus in die Forde-rung, im Kampfe um die Gleichberechtigung nicht zu erlahmen. Der

Vortrag fand starken Beifall. Als Tagungsort für die nächste Landes-tagung wurde Konstanz in Aussicht genommen. In gehobener Stim-mung gingen die Delegierten auseinander, sich gelobend, in alter Treue für den Verband weiter zu arbeiten.

M. Gladbach. Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Esser, gab den Geschäftsbericht. Ende des Jahres 1928 hatten wir 263 Mitglieder, Ende 1929 268, 7 Mitglieder schieben durch Errichtung einer selbständigen Ortsgruppe aus. 2 ent-rück und der Tod, welche die Versammlung durch Erben von den Eigen ehrte. Kollege Wessel gab den Kassierenbericht, der sich als muster-gütig erwies, wofür ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde. Der alte Vorstand wurde insgesamt wieder- und vier weitere Kollegen hinzugewählt. In der Diskussion besprach man die Anbaugebörderung und das Verhältnis zur gegnerischen Organisation.

Vermischtes

Die Verbraucher gegen Umsatzsteuererhöhung.

Die Geschäftsführer-Konferenz des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. B., Köln, nahm in einer Sitzung vom 11. Fe-bruar einstimmig folgende Entschließung gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer an:

„Die Geschäftsführer-Konferenz des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. B. Köln vom 11. Februar hält es für ihre Pflicht, als Vertreter der Verbraucherinteressen von 800 000 Fam-ilien gegen die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer schärfsten Einspruch zu erheben.

Die Belastung der Verbraucher durch Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und andere tägliche Bedarfsgegenstände bedeutet schon eine so starke Belastung der breiten Verbraucherschichten, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer für sie ganz untragbar ist. Gerade die kinderreichsten und ärmsten Familien werden von der Umsatzsteuer am härtesten getroffen.

Die Geschäftsführer-Konferenz bittet deshalb Reichsregierung und Reichstag dringend, einem etwaigen Antrag auf Erhöhung der Umsatzsteuer die Zustimmung zu verweigern.“

Selbst Feuer verhindern!

Mit Unterstützung und Förderung der Behörden des Reiches und der Länder veranstalten die in der Arbeits- und Interes-sengemeinschaft deutscher Feuerwehrorgane zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Feuerwehren Deutschlands in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai 1930 eine

Feuerschutz-Woche.

Die Feuerschutz-Woche ist gedacht als eine wirkungsvolle und großzügige Aufklärungsaktion, die in allen Bevölkerungskreisen den Gedanken der Feuerverhütung wachrufen und jedermann den aus vorbeugendem Feuerschutz sich ergebenden Nutzen vor Augen führen soll.

Angeichts der erschreckenden Verluste an Menschenleben und Sachwerten ist die Durchführung dieser Feuerschutz-Woche aus menschlichen und volkswirtschaftlichen Gründen zwingende Notwendigkeit.

Das mit der Vorbereitung und Durchführung der Feuerschutz-Woche beauftragte Organisationsbüro befindet sich Berlin SW 11, Schöneberger Straße 20 (Feuerwache Hafenplatz).

Büchertisch

„Tafeln für Jedermann“. Von Arthur Wagner, mit vielen Neben-beispielen und Lösungen. Preis: 0,90 M. Dritte vermehrte und ver-besserte Auflage. Umfang 72 Seiten, haltbar broschiert. Verlag: Ge-brüder Jänecke, Hannover, Osterstraße 88/89, Postkontonro 1650 Hannover.

Gedenktafel



Gestorben sind die Kollegen:

Job. Richter, Breslau	2. 2. 1930
Job. Herm. Bese, Wert	5. 2. 1930
B. Bellmann, Münster	6. 2. 1930
T. Ragemeyer, Darmstadt	9. 2. 1930
Bernh. Peter, Wangan	12. 2. 1930
Karl Ländert, Leipzig	13. 2. 1930

Ehre ihrem Andenken!